

Beispielloser Wahlkrimi ist zu Ende

Oberstes Gericht ebnet dem Gouverneur von Texas den Weg ins Weisse Haus

WASHINGTON: Nach fünfwöchigem dramatischem Tauziehen steht der Republikaner George W. Bush als nächster US-Präsident praktisch fest. Sein Rivale Al Gore gab nach dem für ihn nachteiligen Urteil des Obersten US-Gerichts seine Hoffnungen auf die US-Präsidentschaft offenbar auf.

Gore liess alle Bemühungen um die Handzählungen strittiger Stimmen in Florida einstellen. Damit behält Bush dort seinen knappen Stimmenvorsprung. Der Senat des US-Bundesstaates Florida verschob am Mittwoch auf Grund der Rede Gores die Abstimmung über eine alternative Wahlmännerliste aus Anhängern des republikanischen Präsidentenkandidaten George W. Bush auf Donnerstagabend (MEZ).

Knappe Entscheidung

Der Oberste Gerichtshof der USA hatte dem Republikaner Bush in der Nacht auf Mittwoch nach einer fünfwöchigen juristischen Schlacht den Weg ins Weisse Haus geebnet. In einer knappen 5:4-Entscheidung lehnten die Richter Handauszählungen strittiger Stimmen in Florida ab und fügten damit



Nach dem Urteil des Obersten US-Gerichtes gab Gore seine Hoffnungen aufs Präsidentenamt auf. Er liess alle Bemühungen um Stimmennachzählungen in Florida einstellen.

Gore einen vernichtenden Schlag zu.

Bereits unmittelbar nach Bekanntwerden der Schlappe vor dem höchsten US-Gericht waren aus demokratischen Kreisen Rufe nach einem Rückzug Gores laut geworden. So sagte Senator Bob Torricelli: «Ganz eindeutig ist die Wahl zu einem Ende gekommen.» Der

schwarze Bürgerrechtler Jesse Jackson hingegen forderte Gore zum Durchhalten auf.

Das Bush-Lager reagierte zunächst zurückhaltend. Der texanische Gouverneur sei über das Urteil sehr erfreut, sagte sein leitender Wahlbeobachter James Baker lediglich. Der Vorsitzende des Republikanischen Nationalen Komitees, Jim

Nicholson, warnte vor voreiligen Jubelfeiern.

Im Kern befanden die Richter mit einer Mehrheit von sieben zu zwei, dass die am vergangenen Freitag vom Obersten Gericht Floridas angeordneten und dann am Samstag vom höchsten US-Gericht in Washington abgebrochenen Handauszählungen in Florida ver-

fassungsrechtlich «ernstlich problematisch» seien. Die Richter kritisierten in diesem Zusammenhang hauptsächlich, dass es keine einheitlichen Standards dafür gebe, wie die strittigen Stimmen ausgewertet werden sollten. Mit einer knappen Mehrheit von fünf zu vier Stimmen kamen die Richter weiter zu dem Schluss, dass die Zeit nicht mehr ausreiche, Stimmenaushählungen per Hand nach einem verfassungsrechtlich angemessenen Muster durchzuführen.

Formell nach Florida zurückverwiesen

Das Gericht bezog sich dabei auf die in der Verfassung festgesetzte Frist für die Benennung der staatlichen Mitglieder im US-Wahlmännergremium, das am 18. Dezember über den Präsidenten entscheidet. Diese Frist lief am Dienstag um Mitternacht aus. Der Kongress in Florida hatte aber bereits vorsofort Schritte eingeleitet, um die 25 Wahlmänner-Stimmen des Staates eigenhändig Bush zuzuordnen. Formell wurde der Rechtsstreit von höchsten amerikanischen Gericht zurück an die obersten Richter im Bundesstaat Florida verwiesen. Es galt aber praktisch als ausgeschlossen, dass sich noch Wege für eine Handauszählung finden lassen.

NACHRICHTEN

Schutz von Minderheiten in Jugoslawien

BELGRAD: Jugoslawien will Minderheiten künftig besser schützen. Diskriminierung oder Zwang zur Assimilierung solle es nicht mehr geben, sagte Jugoslawiens Präsident Vojislav Kostunica am Mittwoch in Belgrad. Dabei würden die international anerkannten Standards angewendet und die Rechte der nationalen Gemeinschaften gewahrt. Kostunica schlug vor, zu diesem Zweck mehr Kompetenzen an lokale und regionale Ebenen abzugeben.

Über 160 Flüchtlinge vor Australien ertrunken

CANBERRA: Mehr als 160 Bootsflüchtlinge sind auf dem Weg nach Australien offenbar ertrunken. Dies berichtete der australische Einwanderungsminister Philip Ruddock am Mittwoch in Canberra. Vier Überlebende seien von einem japanischen Frachter gerettet worden, sagte Ruddock. Zwei Boote mit 87 und 80 Personen an Bord hätten sich in der vergangenen Woche von Indonesien aus auf den Weg gemacht, um das Ashmore Riff in australischen Gewässern zu erreichen. Das Riff liegt etwa 500 Kilometer nördlich von Australien und wird häufig von Bootsflüchtlingen angefahren.

Clinton wirbt für Friedensprozess



BELFAST: US-Präsident Bill Clinton hat gestern an die Bevölkerung Nordirlands appelliert, in ihrem Kampf für den Frieden nicht nachzulassen. Er traf in Belfast mit dem Ersten Minister der Provinz, David Trimble, und dessen katholischem Stellvertreter Seamus Mallon zu Gesprächen zusammen.

Mandat für UNO-Friedenstruppe in Zypern verlängert

NEW YORK: Der Weltsicherheitsrat hat das Mandat für die UNO-Friedensmission in Zypern am Mittwoch um sechs Monate bis zum 15. Juni verlängert. In der Zwischenzeit setzt das höchste UNO-Gremium auf Fortschritte bei den Verhandlungen über eine Lösung für die geteilte Mittelmeerinsel. Derzeit bewachen rund 1200 Blauhelm-Soldaten die Waffenstillstandslinie zwischen dem von türkischen Zyprioten bewohnten Norden und der überwiegend von Inselgriechen bewohnten Süden der Insel.

Ein Wahlsieg mit schwerer Hypothek

George W. Bush an der Schwelle zum Weissen Haus – Gouverneur von Texas in Vaters Fussstapfen

MIDLAND: Allein mit seinem Wahlsieg hat George W. Bush bereits Geschichte geschrieben. Und das nicht nur wegen des regelrechten Wahlkrimis um die Auszählung der Stimmen. Nach John Quincy Adams 1824 ist Bush auch erst der zweite Präsidentensohn, der seinem Vater ins Weisse Haus nachfolgt.

Der künftige 43. Präsident der Vereinigten Staaten hat sich ein hohes moralisches Ziel gesteckt: In Anspielung auf die Affären während der Amtszeit Bill Clintons gelobte er im Wahlkampf, die «Ehre und Würde» des Weissen Hauses wieder herzustellen. Nach dem mehrwöchigen erbitterten juristischen Tauziehen um den Ausgang der Wahl vom 7. November lastet aber auch bereits eine schwere Hypothek auf ihm, die er im neuen Amt durch eine Politik der inneren Aussöhnung abtragen muss.

Der politische Aufstieg Bushs ist das höchste Staatsamt der USA ist geradezu kometenhaft.

Der Sohn von Clintons direktem Vorgänger George Bush ist noch nicht einmal sechs Jahre in der Politik. Der Gouverneursposten in Texas war sein erstes öffentliches Amt. Der 54-jährige Hoffnungsträger der Republikanischen Partei entspricht offenbar so richtig dem Bild, das sich die Amerikaner von ihrem Präsidenten machen. Er ist ein Politiker «zum Anfassen». Der älteste Sohn des Expräsidenten Bush verfügt – anders als sein Vater – über überschäumenden Charme, gepaart mit Witz. Der bekannte Name und ein Millionenvermögen tun ein übriges.

Politisch gilt Bush als konservativ. Er selbst prägte für sich den Begriff des «mitfühlenden Konservativen» (compassionate conservative). In dieses Bild mag nicht passen, dass er ein entschiedener Verfechter der Todesstrafe ist. Doch in diesem Punkt sieht sich Bush im Einklang mit der Mehrheit der Bevölkerung. Allein in seiner nahezu sechsjährigen Amtszeit als Gouver-

neur wurden in Texas mehr als 150 Menschen hingerichtet – so viele wie in keinem anderen US-Staat.

Zur Begründung, weshalb er Präsident werden wollte, schrieb er in seiner kürzlich erschienenen Autobiografie, er wolle den Ton in der nationalen Auseinandersetzung verändern. «Die Amerikaner schauen nach Washington, und ihnen gefällt nicht, was sie sehen. Wer kann es ihnen verübeln? Sie sehen Parteigängertum und Gezänk.» Und darüber werde das Wohl des Landes vergessen. Auf einer Wahlversammlung sagte Bush unlängst, er wolle nicht Präsident um den Amtes wegen werden, sondern er wolle den Amerikanern einen neuen Weg weisen. Auf dem Wahlparteiabend in Philadelphia im Juli pries er die eigene Partei als einen Politiker der Versöhnung, dem es gelingen könne, die Rassenunterschiede in den USA zu überbrücken.

Zusammen mit seinem jüngeren Bruder Jeb, dem Gouverneur von Florida, bildet George

W. Bush bereits die dritte Politiker-Generation der Familie, die deshalb in den Medien schon mit den Kennedys verglichen wird. Bushs Grossvater Prescott Bush war Senator und – wie der Begründer des Kennedy-Klans, Joseph Kennedy –, ein erfolgreicher Geschäftsmann und Bankier.

Wie der scheidende Präsident Clinton und sein unterlegener Rivale Al Gore gehört Bush der Nachkriegsgeneration an, die in den USA als «Baby Boomer» (die geburtenstarken Jahrgänge) bezeichnet wird. George Walker Bush, so sein voller Name, wurde am 6. Juli 1946 geboren. Und wie Clinton hat auch Bush eine turbulente Vergangenheit, die ihn in den letzten Tagen mit der Enthüllung eines Strafmandats vor 24 Jahren wegen Alkohols am Steuer einzuholen drohte. Bei den Wählern hat ihm dies jedoch nicht geschadet. Bush stand im Ruf eines Partylöwen, trank reichlich Alkohol, hörte dann aber nach eigenem Bekunden von heute auf morgen nach ei-

nem Zechgelage mit Freunden zu seinem 40. Geburtstag auf. In seinem Buch schreibt er dazu, dies sei ein Wendepunkt in seinem Leben gewesen. Fragen nach eventuellem Drogenkonsum wich Bush aus. Seine Frau Laura gilt inzwischen als der ruhende Pol in der Familie. Das Paar hat Zwillingstöchter – Jenna und Barbara.

Nach zwei Abschlüssen in Betriebswirtschaft an den Eliteuniversitäten Yale und Harvard war Bush weitgehend in der Ölindustrie tätig. Ausserdem war er mehrere Jahre Mitbesitzer einer Baseball-Mannschaft, die ihm Millionen einbrachte. Ein erster Versuch, in die Politik zu gehen, schlug 1978 fehl. Erst der Präsidentschaftswahlkampf seines Vaters 1988, in dessen Wahlkampfteam er arbeitete, brachte ihn wieder mit der Politik in Berührung. 1994 entschloss sich Bush dann zur Kandidatur für das Gouverneursamt in Texas und gewann gegen die populäre Gouverneurin Ann Richards von den Demokraten.

Israelii töten fünf Menschen

GAZA: Bei neuen schweren Zusammenstössen haben israelische Soldaten am Mittwoch im Gazastreifen vier palästinensische Polizisten mit Panzer-Raketen getötet und mindestens 40 Menschen verletzt.

Nach palästinensischen Angaben erschossen israelische Soldaten bei einem weiteren Zwischenfall in Hebron im Westjordanland einen Aktivist der radikalislamischen Hamas-Bewegung. Seit Beginn der Unruhen sind damit mehr

als 280 Palästinenser und 38 Israelis getötet worden.

Nach palästinensischen Angaben feuerten die Panzer-Raketen auf den Polizei-Stützpunkt des Lagers und mehrere Häuser in dem Flüchtlingslager. Dutzende von Häusern wurden von israelischen Geschossen beschädigt und drei von israelischen Bulldozern zerstört.

Bewohner des Flüchtlingslagers Chan Junis im südlichen Gaza-Streifen sprachen von einer Nacht des Terrors und von den schlimmsten Kämpfen seit dem Krieg von 1948 im Gefolge der Staatsgründung Israels. Die palästinensische Autonomiebehörde bezeichnete die Kämpfe als «Massaker an einem wehrlosen und unschuldigen Volk».

Die Kämpfe hatten begonnen, nachdem die israelische Armee schweres Gerät zum Planieren eines Erdwalls eingesetzt hatte. Nach israelischen Erkenntnissen hatten Palästinenser den Wall als Deckung genutzt, um eine jüdische Siedlung und ein Militärlager zu beschliessen. Die Armee habe sich zur Zerstörung des Walls entschlossen, als eine Schule getroffen worden sei.

REKLAME

„aafach persönlicher“
... sind üseri Gschänksidea...

FOTO KAUFMANN
Im Zentrum · FL 9494 Schaan
Telefon +423 232 07 79 · Telefax +423 232 15 79